

INTERGLOBAL

INDIEN

Vier Stunden bis zum Lockdown

Kenny Klein

In Indien haben Millionen Tagelöhner und Wanderarbeiter durch die Ausgangssperre ihre Existenzgrundlage verloren. Hindu-Nationalisten nutzen die Pandemie, um gegen Muslime und Marginalisierte zu hetzen.

Am 30. Januar wurde im südindischen Bundesstaat Kerala der erste Fall einer Infektion mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 gemeldet. Das Virus erreichte den Subkontinent über zurückgekehrte Studierende aus dem chinesischen Wuhan; ironischerweise nur wenige Tage nachdem Corona-Leugner Jair Bolsonaro die Hauptstadt Delhi verlassen hatte. Der rechtsextreme brasilianische Präsident war Ehrengast der jährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Republik Indien, die den 70. Jahrestag des Inkrafttretens der indischen Verfassung im Jahr 1950 markierten.

Als am 11. März die Weltgesundheitsorganisation WHO Covid-19 zur Pandemie erklärte, war die hindu-nationalistische „Bharatiya Janata Party“ (BJP) damit beschäftigt, die Kongresspartei im zentralindischen Madhya Pradesh zu stürzen und an ihrer Stelle eine BJP-Regierung einzusetzen. Am 13. März verlautbarte das indische Gesundheitsministerium, es gäbe keinen Grund zur Panik, dass Coronavirus verursache keinen gesundheitlichen Notstand.

Zwar hatten bereits Mitte März einige Landesregierungen damit begonnen, lokale Sperren zu verhängen. Dennoch begann das Desaster für die Bevölkerung nahezu ohne Vorwarnung. Am 24. März um 20 Uhr wandte sich Premierminister Narendra

Modi in einer Fernsehansprache an die Nation und verhängte ab Mitternacht eine zunächst dreiwöchige landesweite Ausgangssperre, den sogenannten Lockdown, der mittlerweile bis zum 3. Mai verlängert worden ist. Für 1,38 Milliarden Menschen wurde so mit einer Vorbereitungsfrist von vier Stunden die häusliche Quarantäne verordnet.

Über Nacht verloren dadurch in allen Städten Indiens Millionen von Tagelöhnern und Wanderarbeitern ihre Existenzgrundlage. Die meisten verfügen über geringe bis keine Rücklagen. Hunderttausende von ihnen stammen aus weit entfernten Dörfern, viele fanden sich als Illegale auf den Straßen wieder. Weil ihr täglicher Lohn nun ausblieb, verloren sie ihre Unterkunft, hatten nichts zu essen und kein Trinkwasser. Aus diesem Grund blieb den Wanderarbeitern nichts anderes übrig als die Flucht in die Heimatdörfer, wenn sie in der Krise überleben wollten.

Zwar kündigte die Regierung Hilfsmaßnahmen für die Wanderarbeiter an, jedoch ignorierten viele von ihnen die Ausgangssperre und eilten zu den Bahnhöfen, um noch einen der letzten maßlos überfüllten Busse zu erwischen. Die Züge standen bereits still. Viele konnten sich die Reise nicht leisten und machten sich zu Fuß auf den Weg. Sie begannen massenhaft in ihre Herkunftsbezirke in ganz Indien zurückzukehren, bis das Innenministerium der Polizei befahl, die Grenzen der Bundesstaaten zu schließen und die Binnenmigranten in eine 14-tägige Quarantäne zu stecken.

Ziel besonders vieler Rückkehrer waren die nordindischen Bundes-

staaten Bihar und Uttar Pradesh, die bevölkerungsreichste Region des Landes. Die Menschen der Wanderkarawanen gehörten zum Großteil den marginalisierten Kasten an, so die Einschätzung des Autors und Menschenrechtsaktivisten Kancha Ilaiah Shepherd: „Wir wissen, dass die meisten von ihnen Dalits, OBCs (Other Backward Classes) und Adivasi (Indigene) waren, zusammen mit einigen wenigen Armen aus ansonsten privilegierten Kasten.“

Gleichzeitig entwickelte sich die Krise in den zahlreichen Slums von Indiens Großstädten dramatisch. In der Megacity Mumbai leben schätzungsweise 65 Prozent der zwölf Millionen Einwohner in Slums. Die Bewohner haben in ihren engen und stickigen Hütten, bei derzeit über 30 Grad im Schatten, besonders hart mit den Auswirkungen der Ausgangssperre zu kämpfen. Lebensmittel werden knapp, die Angst wächst. In einem der größten Slums von Indien, in Dharavi in Mumbai, leben bis zu einer Million Menschen auf etwa zwei Quadratkilometern; es gibt weltweit kaum eine höhere Bevölkerungsdichte. Dharavi ist damit besonders anfällig für die Ausbreitung des Virus. Hier sind die vorgeschriebenen Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen nur schwer einzuhalten. Häufig lebt eine Familie in nur einem Raum, im Durchschnitt zählt ein Haushalt in Dharavi sechs Personen. Ebenso teilen sich oftmals Tagelöhner, die in Schichten arbeiten, ein Zimmer. Mehrere Haushalte nutzen dieselben Sanitäreinrichtungen. Der Zugang zu sauberem Wasser und Seife kann vielerorts nicht mehr sichergestellt werden.

Wer gegen die strikte Ausgangssperre verstößt, dem drohen hohe Geldstrafen oder gar eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren. In den sozialen Netzwerken kursieren Videos, zum Teil von Polizisten selbst gefilmt, die zeigen, welche Mittel die indische Polizei zur Einhaltung der Maßnahmen wählt. Es gibt Szenen, in denen vermeintliche Sünder gezwungen werden, Liegestütze oder Kniebeugen zu machen. Es sind Menschengruppen zu sehen, die in der Mittagssonne ausharren müssen. Diese Abschreckungsmaßnahmen sind noch vergleichsweise harmlos, in einigen Videos prügeln Polizisten mit Bambusstöcken auf die sogenannten Regelbrecher ein. Es gibt zudem Berichte, dass Polizisten auf Menschenmengen geschossen haben sollen.

In einem der größten Slums von Indien leben bis zu einer Million Menschen auf etwa zwei Quadratkilometern.

Die 21-tägige Ausgangssperre reicht allein nicht aus, die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen; auch hier wurde sie in der Hoffnung verhängt, die Zahl der Neuinfektionen zu senken, damit das anfällige Gesundheitssystem die Pandemie bewältigen kann. Indien, das nur etwa ein Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für das Gesundheitswesen ausgibt, hat weniger als 20.000 Beatmungsgeräte für die Behandlung von Covid-19-Patienten zur Verfügung. Einem Bericht

Die wegen des Coronavirus verhängte Ausgangssperre wird in Indien wie hier in der Stadt Jammu rigoros umgesetzt: Wer dagegen verstößt, dem drohen hohe Geldstrafen oder gar eine Haftstrafe bis zu zwei Jahren.



FOTO: EPA-EFE/JAIPAL SINGH

der John-Hopkins-Universität zufolge verfügen die USA über etwa 160.000 Beatmungsgeräte, für eine Bevölkerung, die weniger als ein Viertel der indischen ausmacht. Mangelnde Ressourcen stellen das zentrale Problem dar, die Krise zu bewältigen, kommentiert „The Free Press Journal“ aus Mumbai: „Die Reaktion der Regierung, eine Kombination aus maximalen Einschränkungen für die Bevölkerung und minimalem Handeln - zu wenige Tests, Mangel an medizinischer Ausrüstung und ein viel zu kleines Hilfspaket - belegt dies.“

In Indien scheint die Pandemie in das hindu-nationalistische Narrativ zu passen. Reaktionäre Kreise nutzen die Angst vor einer Ansteckung mit dem Virus und suchen die Schuld bei ohnehin bereits marginalisierten Gruppen. Die Regierung hat den rapiden Anstieg der Infektionen auf eine Reihe von Ereignissen mit hoher Ansteckungsrate zurückgeführt, so verweist sie auf ein internationales Seminar muslimischer Missionare in Neu-Delhis Stadtteil Nizamuddin. Die Großveranstaltung der muslimischen Organisation „Tablighi Jamaat“ mit über 9.000 Gläubigen aus 40 Ländern, die vom 13. bis 15. März stattgefunden hatte, entwickelte sich mit über 1.000 bestätigten Infektionsfällen zum Hotspot Indiens. Am 18. April wurden 4.291 bestätigte Fälle von Covid-19 in 23 Bundesstaaten vom indischen Gesundheitsministerium mit dieser Veranstaltung in Verbindung gebracht, was einem Drittel aller bestätigten Fälle in Indien entspricht.

Nachdem das von der Regierungspartei BJP geleitete Gesundheitsministerium wiederholt „Tablighi Jamaat“

für die Verbreitung des neuartigen Coronavirus verantwortlich gemacht hatte, begann im ganzen Land eine Welle antimuslimischer Gewalt. Politiker der hindu-nationalistischen Regierungspartei wetterten öffentlich über einen „Corona-Ijihad“. Die Propaganda dämonisierte Muslime, die angeblich eine böswillige Kampagne führten, um Covid-19 bei der hinduistischen Mehrheit zu verbreiten. BJP-Politiker behaupteten, dass Muslime Corona-Terrorismus betrieben. Ärzte und andere Beschäftigte des Gesundheitswesens würden angespuckt.

Ein Privatkrankenhaus in Uttar Pradesh veröffentlichte eine Anzeige in einer Zeitung, in der Muslime aufgefordert wurden, das Krankenhaus nur dann zu besuchen, wenn sie einen negativen Covid-19-Test vorlegen können. „Es ist klar, ihr Ziel ist es, so viele Menschen wie möglich mit dem Coronavirus zu infizieren und sie zu töten“, twitterte der BJP-Politiker Kapil Mishra, der in Delhi als antimuslimi-

scher Aufwiegler bekannt ist. Bereits Ende Februar kam es dort zu Gewaltausbrüchen, die 50 Menschenleben forderten.

Andere marginalisierte Gruppen sind ebenfalls von der Hetze betroffen. Ein Bericht des US-amerikanischen Nachrichtensenders „CNN“ hob hervor, wie Dalits, die als sogenannte Unberührbare noch außerhalb des offiziell verbotenen hinduistischen Kastensystems stehen, daran gehindert wurden, Lebensmittel und Medikamente zu kaufen.

Als Modi am 14. April die Ausgangssperre bis zum 3. Mai verlängerte, war die Zahl der gemeldeten Fälle bereits auf über 10.000 gestiegen. Kurz darauf kursierten in Mumbai Nachrichten auf „Whatsapp“, wonach am Abend an der Bahnstation Bandra, einem Vorort von Mumbai, Züge bereitgestellt würden, um die gestrandeten Wanderarbeiter in ihre Dörfer zu bringen. Schnell wurde klar, dass es sich um eine Falschmeldung han-

deltete. Die Polizei forderte die sich vor der Station versammelnden Menschen auf, den Platz zu räumen. Die meisten von ihnen weigerten sich, protestierten gegen die Verlängerung des Lockdown und forderten, in ihre Dörfer zurückkehren zu dürfen.

Das Verbreiten von Falschmeldungen über das Coronavirus wird in Indien zwar streng bestraft, die führenden Politiker des Landes äußern sich dennoch tendenziös. In mehreren seiner zahlreichen Ansprachen an die Nation forderte Premierminister Narendra Modi die Menschen dazu auf, auf Töpfe zu schlagen und Kerzen anzuzünden, um Solidarität zu demonstrieren. Kein Wort widmete der Premierminister den Opfern der muslimfeindlichen Propaganda.

Kenny Klein arbeitet als freier Journalist in Berlin und ist Teil des „fetch.media.team“.

woxx@home

Immer hinterher

Eine Wochenzeitung zu produzieren, muss etwas unheimlich Gemütliches sein. Das sagen uns oft Tageszeitungs-, Fernseh- oder Radiokolleg*innen, die jeden Tag liefern müssen. Doch so gemütlich und stressfrei ist der Wochenrhythmus dann doch nicht. Die Angst, dass die Story, für die gerade recherchiert wird, bei Erscheinen der Zeitung schon überholt ist, begleitet einen statt eines Tages eine ganze Woche lang. Der

Scoop vom Montag kann am Freitag eine „olle Kamelle“ sein, wenn die tagesaktuell arbeitende Konkurrenz ebenfalls davon Wind bekommt. Oder es ist einfach das Wetter, das seine Kapriolen schlägt: Eine lang diskutierte und vorbereitete Analyse zur anhaltenden Trockenheit wird ausgerechnet dann druckreif, wenn die ersten Regentropfen seit Wochen an den Redaktions- und Homeofficefenstern abperlen.